BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

Damit das Leben auch in Zukunft bunt und vielfältig bleibt: Solidarität und Absicherung für die Kultur

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Gremium:	1. Digitaler Länderrat
Beschlussdatum:	02.05.2020
Tagesordnungspunkt:	C Corona und die Folgen

Wegen der Corona-Krise sind Kultureinrichtungen bundesweit geschlossen, diverse Kulturveranstaltungen und Angebote der kulturellen Bildung können in diesem Jahr nicht wie geplant stattfinden. Schon jetzt ist die Lage vieler Kulturschaffender und Kreativer dramatisch, denn abgesehen von ihrem großartigen kreativen und künstlerischen Einsatz im Netz hat das Corona-Virus das gesamte kulturelle Leben in Deutschland und weit darüber hinaus zum Erliegen gebracht.

Die Kultur liegt im künstlichen Koma: Weder Theater noch Konzerte, keine Festivals, Club-Events oder Poetry-Slams. Viele Museen, Ausstellungshäuser und Kulturzentren bleiben weiterhin geschlossen, auch Filmproduktionen stehen still. Mit einem Schlag wurde unzähligen Kulturschaffenden, Künstler*innen, Kreativen und auch Medienschaffenden die Existenzgrundlage entzogen. Die aktuellen Entwicklungen lassen nicht vermuten, dass sich an dieser Situation bald etwas ändert. Schon jetzt stehen etliche Kulturbetriebe vor der Pleite: Durch die Corona-Pandemie droht unserer kulturellen Infrastruktur der Zusammenbruch – sie wird unsere Kulturlandschaft nachhaltig, und wie wir befürchten müssen, keineswegs positiv verändern.

Natürlich gehen Gesundheit und Infektionsschutz in der gegenwärtigen Situation vor! Aber es zeigt sich eben auch: Kultur ist kein Sahnehäubchen, sondern die Hefe für unsere offene und demokratische Gesellschaft – gerade in der Krise, aber auch für die Zeit danach. Deshalb geht es nicht nur darum, das wirtschaftliche Überleben der zahlreichen Kulturschaffenden und Kulturbetriebe zu sichern, sondern um ein nachhaltig vielfältiges Kulturleben und die kulturelle Grundversorgung aller Menschen. Wir Menschen brauchen die Sinnlichkeit und unser Verstand gute Urteile in den analogen Räumen. Wir Menschen brauchen die reale Begegnung, um uns verantwortlich zu fühlen.

Unsere über Jahrzehnte gewachsene vielfältige Kulturlandschaft, die sich in den verschiedensten Sparten und Genres sowie diversen Branchen, Szenen und Netzwerken immer weiter ausdifferenziert, organisiert und entwickelt hat, ist in jeder Hinsicht elementar: als gesellschaftliche Orientierung und Inspiration, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die individuelle Entfaltung, für den transkulturellen Austausch und die Bewahrung unseres kulturellen Erbes. All das ist in der gegenwärtigen Krise in höchster Gefahr. Der Kultur droht auch noch für die Zeit nach der Krise ein Einbruch und Kahlschlag, wie ihn unsere Gesellschaft in den letzten 75 Jahren nicht erlebt hat. Das können und werden wir nicht hinnehmen.

Daher stehen Grüne überall und gerade dort, wo sie in kulturpolitischer Verantwortung sind, an der Seite der diversen und hybriden Kulturszene.

Wir Grüne setzen uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für Soforthilfen und langfristige Rettungsfonds ein, die auf die spezifischen Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen ausgerichtet sind, denn sie fallen bislang noch viel zu häufig durch das Raster. Gerade Kulturschaffende und Kreative brauchen schnelle Unterstützung und unbürokratische Hilfen, egal in welchem Bundesland sie leben und in welcher Organisations- oder Rechtsform sie arbeiten. Dazu gehören spezielle Programme für kleine und mittlere private Kulturbetriebe, die nicht oder nur sehr eingeschränkt öffentlich gefördert sind, aber auch Arbeitsstipendien für freischaffende Künstler*innen. Da die langfristigen Auswirkungen des Shutdowns auf den Kulturbereich noch nicht absehbar sind und stark von der Dauer von Maßnahmen abhängen, müssen Finanzhilfen auch für die Zeit danach zur Verfügung stehen. Denn was jetzt an kultureller Vielfalt und Infrastruktur verloren geht, wird unsere Gesellschaft viel teurer zu stehen kommen, als jetzt die notwendigen Rettungsfonds auf den Weg zu bringen. Freiberuflich tätige Kulturschaffende, Kreative und andere Solo-Selbstständige, die infolge der Coronakrise deutliche finanzielle Einbußen haben, aber keine Betriebsausgaben nachweisen können, dürfen durch die Beschränkungen des Bundes nicht weiter diskriminiert werden: Wir fordern eine Öffnung der Corona-Hilfen auch für Kosten des Lebensunterhalts!

Grüne Kulturpolitik will sicherstellen, dass Vertragspflichten und Projektzusagen aus der Zeit vor und während der Schließungen umfassend erfüllt, vorhandene Fördermittel unbürokratisch verausgabt und Honorarfortzahlungen gewährleistet werden. Überall dort, wo es eine flexible Anwendung der rechtlichen Bestimmungen möglich macht, drängen wir auf eine Verschiebung und Übertragbarkeit der Mittel sowie die Umwidmung von Fördergeldern zugunsten neuer digitaler Formate und sonstiger alternativer kreativer Angebote. Gerade in der gegenwärtigen Krisensituation ist es wichtig, allen Menschen auch weiterhin kulturelle Teilhabe und Bildung zu ermöglichen.

Grüne Kulturpolitik macht sich für weitere Anpassungen im Zuwendungsrecht stark. Haushaltsrecht ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, dass konkrete Unterstützung an einzelnen Bestimmungen scheitert, sei es bei den Soforthilfen oder in der laufenden Förderung. Zusätzliche Kosten für die spätere Wiederholung von Veranstaltungen dürfen nicht den Zuwendungsempfänger*innen aufgebürdet werden, bereits verausgabte Gelder nicht zurückgefordert werden. Neben Mietstundungen muss es auch die Möglichkeit von Mietnachlässen für öffentliche Immobilien und Liegenschaften geben, wenn Kultur-Mieter*innen infolge der Coronakrise in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Und wir setzen uns dafür ein, wie in einigen Bundesländern geplant und durchgeführt, da behutsame Öffnungen von Kultureinrichtungen zu ermöglichen, sofern die Hygiene- und Abstandsregelungen eingehalten werden können.

Grüne Kulturpolitik macht sich dafür stark, dass Bundes-, Landes- und Kommunalprogramme besser aufeinander abgestimmt werden und dass dafür auch der Austausch zwischen den jeweiligen Fachministerien und -ämtern optimiert wird.

Wir fordern, dass Monika Grütters ihren Widerstand gegen eigenständige Corona-Hilfe des Bundes für die Kultur- und Kreativwirtschaft aufgibt. Eine Staatsministerin für Kultur und Medien, der es weder im Kabinett noch gegenüber dem Bundesfinanzministerium gelingt, die Interessen von Kulturschaffenden und Kreativen durchzusetzen, hat diesen Titel nicht verdient! Denn zur Rettung von Kultureinrichtungen helfen die kurzsichtigen Vorschläge der Bundesregierung wie verpflichtende Gutscheinlösungen nicht. Solidarität kann man nicht verordnen, sie funktioniert nur freiwillig! So erschüttert man nachhaltig das Vertrauen der Kulturinteressierten und verursacht langfristig negative Folgen für die gesamte Kulturbranche.

Grüne Politik verliert auch in der Krise die Kulturschaffenden und ihre Netzwerke in aller Welt, auf internationaler und europäischer Ebene, nicht aus dem Blick. Denn die Coronakrise ist eine internationale Herausforderung und betrifft Künstler*innen und Kreative sowie Kultureinrichtungen global. Im Bereich der kulturellen Bildung und Kooperationen sind gerade auch zahlreiche Projekte im Bereich der institutionellen und nicht-institutionellen künstlerischen Arbeit mit Geflüchteten betroffen. Somit brauchen Menschen auf der Flucht, Menschen, die mit Kunst und Kultur in der Flüchtlingshilfe arbeiten, aber auch Kulturschaffende in Europa und weltweit unsere Solidarität. Wir tun alles, damit der internationale Austausch unter Kreativen und der Zivilgesellschaft erhalten bleibt und die vielerorts so wichtigen Kommunikations- und Schutzräume nicht verloren gehen. Wir fordern zudem den gleichberechtigten Zugang Kulturschaffender aus Nicht-EU-Ländern zu den Soforthilfen und zur Grundsicherung. Künstler*innen dürfen auch nicht Gefahr laufen, durch die indirekten Auswirkungen von Infektionsschutz und Shutdown ihre bestehenden Aufenthaltsgenehmigungen zu verlieren, wie aktuell vielerorts berichtet wird.

Wir Grüne stehen auch angesichts einer weltweiten Pandemie für aktive Erinnerungskultur. Gerade vor dem Hintergrund von erstarkenden Nationalismen und Rassismen darf es nicht sein, dass bundes- und europaweite Gedenken einfach ausfallen. In Zeiten von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten bedarf es neuer Formate des Gedenkens, die wir Grüne aktiv unterstützen. Zumal es für viele Zeitzeug*innen eine der letzten Möglichkeiten sein könnte, an solchen Gedenkveranstaltungen teilzuhaben.

Wir Grüne denken über die Krise hinaus: Die Corona-Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, was mit Blick auf die wirtschaftliche Lage vieler Künstler*innen und Kreativer schon vorher offensichtlich war: Nämlich, dass wir sehr grundsätzlich über den gesellschaftlichen Wert künstlerischer Arbeit und eine bessere soziale Absicherung von Kulturschaffenden nachdenken müssen! Wir brauchen deshalb eine breite Debatte über neue Wege und emanzipatorische Ideen (Grundeinkommen o.ä.), wie eine generelle Existenzsicherung und Altersversorgung aussehen könnte – nicht nur für den Kulturbereich, sondern für alle Menschen dieser Gesellschaft.

Die Kultur kann und sollte hier Vorreiterin sein, indem sie einmal mehr ihre ureigenen Stärken ausspielt: durch künstlerische Mittel Möglichkeitsräume zu

eröffnen, Diskurse in neue Kontexte zu rücken, kreativ Gesellschaftskritik zu üben und einen Blick in unsere (nahe) Zukunft zu werfen.

Antragsteller Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Kultur, vertreten durch die Sprecher*innen Uta Röpcke und Rainer Bode sowie Claudia Frenzel-Müncheberg

Mehr, auch das Positionspapier "Solidarität und Absicherung für die Kultur gerade in Zeiten der Corona-Krise“ unter www.gruene-bag-kultur.de.

unterstützt von
Erhard Grundl, MdB Bayern; **Kirsten Kappert-Gonther**, MdB Bremen; **Claudia Roth**, MdB Bayern; **Tabea Rößner**, MdB Rheinland-Pfalz; **Daniel Wesener**, MdA Berlin; **Notker Schweikhardt** MdA Berlin; **Rene Gögge**, MdHB Hamburg; **Oliver Keymis**, MdL Nordrhein-Westfalen; **Eva Viehoff**, MdL; Niedersachsen; **Katharina Binz**, MdL Rheinland-Pfalz; **Kai Wargalla**, MdBB Bremen; **Marlies Fritzen**, MdL Schleswig-Holstein; **Sanne Kurz**, MdL Bayern; **Sahra Damus,** MdL Brandenburg; **Niklas Nienaß**, MdEP Mecklenburg-Vorpommern; **Thomas Brück**, Kulturdezernent Landeshauptstadt Saarbrücken; **Andreas Rieger**, Sprecher BAG Planen Bauen Wohnen; **Bernhard Stengele**, Landessprecher/Thüringen; **Moritz Müller**, KV Bergstraße, Sprecher LAG Kultur Hessen; **Elke Flake**, Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Braunschweig; **Brigitta von Bülow**, Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen im Kölner Rat, Sprecherin LAG Kultur NRW; **Ansgar Bovet**, Markkleeberg, KV Landkreis Leipzig, Sprecher der LAG Kultur Sachsen; **Nicole Hohmann**, KV Main-Tauber; **Lena Krause**, Vorstandsprecherin KV Braunschweig, Sprecherin LAG Kultur Niedersachsen; **Bettina Aust**, LAG Kultur Sprecherin, Kulturpoltische Sprecherin der Kieler Grünen Ratsfraktion; **Steffi Könnecke**, Hamburg; **Stefan Zednik**, OV Berlin Mitte; **Susanne Litzel**, OV Berlin Mitte; **Aram Lintzel**, KV Friedrichshain-Kreuzberg Berlin; **Andrea Weigt**, Abgeordnete im Landkreis Dahme-Spreewald; **Clara Gerlach**, KV Düsseldorf, Ratsfrau; **Sandra Schumacher**, KV Essen; **Christopher Peter**, Berlin; **Kerstin Quitsch**, Sprecherin der LAG Kultur, Berlin; **Susanne Rehm**, KV Stuttgart; **Henry Arnold**, Sprecher LAG Kultur Berlin; **Susanna Sandvoss**, KV Dahme-Spreewald; **Jana Brix**, KV Charlottenburg-Wilmersdorf